

Hans-Friedrich von Ploetz

Staatssekretär im Auswärtigen Amt

meine Damen und Herren Abgeordneten, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich darf mich zunächst sehr herzlich bedanken für die Einladung und zur Geschäftsgrundlage klarstellen, daß Professor Stein mir Dispens erteilt hat von der üblichen Pflicht eines Ehrengastes, einen wohlgeschliffenen fertig ausgearbeiteten Vortrag abzulesen. Ich möchte statt dessen lieber mit Ihnen in ein paar Reflexionen eintreten, insbesondere mit meinen deutschen Landsleuten darüber, wie sich Deutschland in Europa unter dem Thema, das mir gegeben ist, darstellt, mit Blick auf die Zukunft. Zunächst möchte ich den Absolventen sehr herzlich gratulieren; ich habe das alles ganz aufmerksam angeschaut und werde aufpassen, wer sich dem Auswahlwettbewerb des Auswärtigen Amtes stellt. Ich sage das nicht von ungefähr. Wir hatten im letzten Jahr ein gutes Dutzend Plätze zu besetzen, hatten 2000 Bewerbungen und jetzt kommt die schlechte Nachricht: Unter diesen 2000 waren vier, wo wir mit geschlossenen Augen ja sagen konnten.

Ich vermute deshalb, daß die Absolventen des Studienganges des Europa-Instituts in Saarbrücken lohnendere und attraktivere Beschäftigungen gefunden haben und ich räume ohne weiteres ein, daß der Auswärtige Dienst immer noch sehr schön ist, viel Spaß macht, wenn man nicht einen Job erledigen will, sondern eine Berufung spürt, aber es verlangt von den Bediensteten und von ihren Familien eine Masse. Sie haben ja gehört, wo ich überall war, es war recht kursorisch, ich glaube, ich bin vierzehnmal in meinen einunddreißig Jahren umgezogen - nur um Ihnen mal einen Geschmack davon zu geben, was einem so blühen kann. Das Institut hier in Saarbrücken genießt in der Tat einen ausgezeichneten Ruf und ich freue mich, daß sie einer der Leuchttürme sind in einer nicht sehr hell erleuchteten deutschen Hochschullandschaft, der versucht, Europafähigkeit zu vermitteln, und ich bin ganz sicher, daß wir immer diese Fähigkeit mitbringen, das heißt

auch, mindestens in drei Sprachen arbeiten zu können und in anderen Kulturen Zuhause zu sein, nicht nur zu übersetzen, sondern auch führen zu können, solche Leute haben gute Berufschancen. Das bringt mich zu der allgemeinen Fragestellung, wie steht es mit der internationalen Kompetenz des wiedervereinigten Deutschland? Wie steht es mit der internationalen Kompetenz unseres akademischen Nachwuchses? Und Europafähigkeit ist eine besonders wichtige Sparte dieser internationalen Kompetenz. Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß internationale Beziehungen heute in unendlich vielen Berufen wahrgenommen werden, gelegentlich ohne daß die dort Tätigen es überhaupt selber realisieren. Außerhalb des Auswärtigen Amtes und des Bundesverteidigungsministeriums, das sind Ministerien, die klassischerweise einen sehr starken Auslandsbezug haben, gibt es in der Bundesregierung rund 290 Referate, die sich mit Europapolitik in irgendeiner Weise beschäftigen. In den meisten Länderministerien ist das Bild ähnlich. Dort konzentriert sich die höchste Europafähigkeit, jedenfalls sollte es so sein, in den Staatskanzleien der jeweiligen Ministerpräsidenten. Aber es geht hinunter bis in die unteren Verwaltungsebenen und die Kommunen, und ich habe vorhin den freundlichen Hinweis mit großer Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß die Ausländerbehörden und die Auslandsvertretungen offenbar unter dem Eindruck der hiesigen Universität einen nützlichen Beitrag leisten, um Ausländern die nötigen Sichtvermerke und Aufenthaltsgenehmigungen zu geben, um hier studieren oder forschen zu können. Ich darf Ihnen sagen, daß mein Eindruck gar nicht so gut ist. Vor zehn Tagen bin ich deshalb zusammen mit dem neugewählten Präsidenten der Rektorenkonferenz, Professor Landfried aus Saarbrücken, zu der jährlichen Tagung der Leiter der großen Auslandsbehörden Deutschlands nach München gefahren, um ihnen verbend, freundschaftlich, aber doch sehr ernst zu sagen, daß das, was manche Ausländerbehörden betreiben unter der Überschrift: "Abwehr von unerwünschten Ausländern" sich versündigt an den wichtigsten Interessen der Nation. Das war ein recht dialektisches Gespräch. Aber ich hoffe, daß wir bei der Neufassung der Erläuterung zu der Ausländerverordnung zu Formulierungen kommen, die der Tatsache Rechnung tragen, daß wir in einen aktiven Wettbewerb um die Besten der Welt, um den akademischen

Nachwuchs, um die jungen Forscher, treten wollen. Wir haben ein großes Interesse daran, daß die Eliten anderer Länder, wenigstens ein Teil von ihnen, bei uns eine wichtige formative Phase ihrer Ausbildung verbringen. Die ausländischen Bezüge sind aber nicht nur in der Verwaltung, es gibt sie natürlich auch in den Parlamenten, auch in den Landtagen, es gibt sie in der Wirtschaft selbstverständlich und vor allen Dingen bei der vierten Gewalt, den Medien. Den Medien, die heute unseren Bürgern in den berühmten dreißig Sekunden in den Nachrichten das aussagekräftige Bild über einen Sachverhalt vermitteln und den Bürgern suggerieren, sie hätten damit das Problem verstanden. Diese Art der Darstellung von manchmal jahrhundertealten Konfliktsituationen und Problemen setzt die Regierungen unter einen Handlungsdruck, unter einen Erfolgszwang, den sie überhaupt nicht erfüllen können, was naturgemäß zu einer automatischen Frustration der Bürger führen muß, denn sie erwarten, daß der Jugoslawien-Konflikt erstens nicht ausbricht und zweitens gestern gelöst ist. Dieses alles wird - zum Teil jedenfalls - auch dadurch verursacht, daß diejenigen in den Medien, die die Dinge darbieten, selber nur einen sehr, sehr oberflächlichen Eindruck von Geschichte, von Geographie, von Geopolitik und all diesen Dingen haben. Gerade dort ist internationale Kompetenz sehr häufig Mangelware. Es geht also um eine horizontale Frage für das ganze Land. Das wiedervereinigte Deutschland braucht mehr internationale Kompetenz. Warum? Nicht als Selbstzweck, als intellektuelles Vergnügen, nein! Um die vitalen Interessen des Landes in der Zukunft zu sichern. Fritz Stern, ein berühmter Wissenschaftler, der im Dritten Reich in die USA ausgewandert ist, hat über Deutschland ein Essay geschrieben, 1996, in dem er das Wort geprägt hat von Deutschlands zweiter Chance. Nachdem wir die erste Chance zu Anfang des Jahrhunderts, die erste Chance in der Neuzeit zu wirtschaftlichem und kulturellem Aufstand, im Zweiten Weltkrieg verspielt hatten. Ich möchte gerne mit Ihnen über diese zweite Chance reden. Es gibt überhaupt keinen Zweifel, daß unsere Verantwortung seit der Wiedervereinigung enorm gewachsen ist. Ich scheue mich nicht, dieses etwas deutlicher und etwas weniger hinter Klauseln versteckt auszusprechen. Ich scheue mich auch nicht, dieses zu tun, wenn ich einige von Ihnen schocke. Denn es gibt viele, die sich in - ich zitiere hier Klaus Harpprecht "in zärtlicher Hingabe an unsere

Angst am liebsten mit unseren Innenproblemen beschäftigen". Und jetzt sage ich es deutlich: Deutschland ist seit der Vereinigung ein mächtigeres Land geworden. Ob wir wollen oder nicht, es ist so. Und Macht muß immer definiert werden. Wer nicht definiert, definiert auch. Dann entstehen Irrtümer. Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Sie erinnern sich an den Golfkonflikt Irak-Kuwait. In diesem Konflikt, in dem Vorfeld dieses Konfliktes, hat es einen Augenblick gegeben, wo bei Saddam Hussein ein Mißverständnis darüber entstanden ist, wie sich die amerikanische Macht im Nahen Osten definierte. Er dachte, man würde nicht handeln, und dann handelte man. Der niederländische Botschafter in Bonn, ein guter Freund von mir, Peter van Walsum ist ein Mann, dem man zuhören muß. Ein nachdenklicher, gebildeter, ruhiger Mann, der keine Miene beim Reden verzieht und die Zuhörer ununterbrochen zu Lachstürmen veranlaßt. Sie wissen, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und den Niederlanden in der Nachkriegszeit schwierig waren. Er hat maßgeblich dazu beigetragen, diese Dinge aufzubrechen, indem er eines Tages in einer großen Zeitung einen Artikel schrieb und sagte: "Vielleicht ist das gar nicht so sehr ein Problem der Deutschen, sondern der Niederländer." Und neulich hat er eine Rede gehalten, in der sagte er: "Ja, wir haben es jetzt begriffen. Die Niederlande sind nicht eine der großen Mächte in der Europäischen Union. Jetzt kommt aber das, was für uns wichtig ist. Diese Tatsache berechtigt uns aber, von den Großen zu verlangen, daß sie das tun, was nur Große tun können, zu führen. Wir haben einen Anspruch" - und damit wandte er sich an sein deutsches Auditorium - "daß Ihr Eurer Berufung, zu führen, gerecht werdet." Es erweckt, meine Damen und Herren, bei unseren Nachbarn großes Mißtrauen, wenn wir, ich sage es mal etwas burschikos, in diesen Dingen "rumeiern". Dann denkt man nämlich, die müssen eine verborgene Agenda haben. Und wer dauernd so tut, als ob wir kleiner seien als wir sind, der nutzt weder unseren Interessen, noch den Interessen der anderen, noch den Interessen als Ganzes. Wer mit der Europäischen Union so umgeht, als ob es eine Sparkasse wäre, in der man Geld einzahlt und es anschließend mit Zinsen zurückverlangen kann, der irrt sich.

Ich schreibe derzeit an einem Papier über die internationale Kompetenz des Führungspersonals des vereinten Deutschland. Ich darf Ihnen nur sagen, für ein Land, das so in der Mitte liegt, das so viele Nachbarn hat und so viele Grenzen, eine solche Geschichte, und aktuell in allen wichtigen Fragen des nationalen Interesses so international vernetzt ist, sind wir schlicht nicht gut genug. Ich danke Ihnen sehr, Professor Stein, daß Sie bei dieser kleinen - quasi - Privatinitiative mitwirken, deren Ergebnis sein soll, daß einige deutsche Fakultäten, darunter hoffentlich und sicher Saarbrücken, einen Aufbaustudiengang des dort speziell definierten Charakters anbieten. Ich hoffe, daß Sie mir nicht vorwerfen, ich hätte mein Thema völlig verfehlt, aber glauben Sie mir bitte, in einem Land wie unserem, das 90 % seiner Rohstoffe und Energie aus dem Ausland importieren muß, ist der einzige Rohstoff, den wir wirklich reichlich haben, die Intelligenz und die Arbeitskraft unserer Menschen, etwas, wo wir investieren müssen. Und wir brauchen die Mäzene, die uns dabei helfen.

Lester Thorough(?) vom MIT in Harvard hat vor einigen Jahren ein Buch geschrieben, das der eine oder andere von Ihnen kennen mag: „Head to Head“, *Die heraufdämmernde Konfrontation der großen Wirtschaftsräume der Welt*. Dort weist er dem Bildungssektor eindeutig eine Spitzenstellung zu als die Benchmarking-Qualität, die letztendlich den Ausschlag geben wird. Verstehen unsere - darf ich den Begriff gebrauchen? - unsere Eliten die Herausforderung? Verstehen sie, was Globalisierung von Wirtschafts-, Finanz- und zunehmend Arbeitsmärkten bedeutet? Wissen sie, daß unserer Wille zur Selbstbehauptung im echten Sinne des Wortes gefordert ist? Es sei denn, man wäre damit zufrieden, daß man in den hinteren Reihen der Geschichte Platz nimmt und mit einem minderen Wohlstand sein Leben fristet. Welche Strategien sind geeignet, wenn wir unseren Bürgern - und darin sehe ich das vitale nationale Interesse - künftig Frieden, Wohlstand und innere Sicherheit gewährleisten wollen? Die nächsten fünf Jahre - dieses ist meine feste Überzeugung - sind Jahre der Weichenstellung. Machen wir es richtig, haben wir die Zukunft so gut wie gewonnen. Machen wir es falsch, werden Ihre Kinder

und meine Enkel dafür büßen. In diesem Sinne möchte ich die drei aktuellen Projekte, die wir im Augenblick auf dem Tisch haben, kurz durchgehen.

Einmal die Frage: "Braucht das vereinte Deutschland sieben Jahre nach der Einigung Europa noch?"

Zweitens: Wenn ja, und ich sage Ihnen, ich komme zu dem Ergebnis: Wie ist es dann mit Euro und Osterweiterung?

Und drittens: Ist der Vertrag von Amsterdam ein Schritt auf dem Wege zur Interessenwahrung oder nicht?

Bis 1989, da gab es überhaupt keinen Zweifel, die europäische Berufung ist die Maxime der deutschen Außenpolitik. Nach Krieg und Niederlage - vor allen Dingen moralischer Niederlage - kehrte Deutschland auf dem Wege über Europa zurück in die Gemeinschaft der zivilisierten Nationen. Wir wollten damit auch die staatliche Souveränität wiedergewinnen und haben dafür in Kauf genommen, Teile der Souveränität supranational zusammenzufassen. Wir wollten uns mit unseren Nachbarn versöhnen, zuvorderst Frankreich, und wir wollten Märkte wiedergewinnen und wirtschaftlichen Wohlstand erlangen. Die Ziele haben wir erreicht. Das vereinte Deutschland ist heute ein international geachteter souveräner Staat, umgeben von befreundeten Nationen und ausgestattet mit einer beeindruckenden wirtschaftlichen Basis. Mit der Vollendung der Einheit und der Wiedererlangung der Souveränität ist gleichzeitig ein mentaler Vorbehalt weggefallen, der nie ausgesprochen wurde, den wir alle aber immer im Kopf gehabt haben. Wir konnten, solange wir geteilt waren, die europäische Integration nicht so weit vorantreiben, daß wir in der vitalen nationalen Frage der Einheit uns der Möglichkeit begeben hätten, diese zu erlangen. In dieser Frage mußten wir uns die Handlungsfreiheit erhalten. Die Frage ist erledigt, sie ist gut erledigt, und jetzt könnten wir in die volle Integration gehen. Und da fangen einige an, am Stammtisch zu diskutieren, ob wir das

überhaupt noch brauchen. Es ist für mich keine Frage der Theologie oder des Dogmas, sondern es ist eine Frage der Interessenwahrung. Ich fordere diejenigen auf, die der Meinung sind, daß die europäische Integration für die deutschen Interessen nicht mehr wichtig sei, zu beweisen, auf welchem anderen Wege sie zu vergleichbar niedrigen Kosten und mit vergleichbar gutem Ergebnis die Interessen wahren wollen und ich wiederhole noch einmal, wie ich vitale Interessen definiere: Erhaltung des äußeren Friedens, Erhaltung der inneren Sicherheit und Wahrung eines angemessenen Wohlstandes. Meine These zu der Frage: "Brauchen wir Deutschland noch? Brauchen wir Deutschen Europa noch?": Hätten wir nicht schon die Integration, wir müßten sie heute dringend erfinden, denn die großen Probleme gehen alle über das, was selbst ein so großes Land wie Deutschland mit eigener Kraft bewältigen kann. Das heißt, wenn die Integration zu Anfang dazu diente, vor allem die Dämonen der Vergangenheit zu bannen, ist sie heute das Instrument, um die Zukunft zu gewinnen und uns selbst zu behaupten. Deutschland hat heute, strategisch gesehen, eine so günstige Lage, wie es sie nie in seiner ganzen Geschichte in der Neuzeit gehabt hat. Zum ersten Mal sind wir von Staaten umgeben, die mit uns eng, noch enger, zusammenarbeiten wollen unter den Geschäftsbedingungen der Europäischen Union. Die Franzosen sagen ohne wenn und aber ja zur Währungsunion. Und die Polen - ich nenne nur mal zwei Nationen - wollen so schnell wie möglich in die Europäische Union eintreten. Wann hat es das in der Neuzeit gegeben, daß alle Nachbarn Deutschlands, mit Deutschland einigermaßen bequem und ohne große Sorgen leben konnten? Und daß sich dabei unsere eigenen Interessen wiederfanden? Und wo hat es das gegeben in der Neuzeit, daß es keine Allianz auf diesem Kontinent gegen Deutschland gab? Dieses sind - geschichtlich gesehen und mit Blick auf die Zukunft - großartige Errungenschaften und wenn wir die großen Aufgaben bewältigen wollen, ist die Grundvoraussetzung, daß wir im direkten Umfeld Frieden und Stabilität erhalten und konsolidieren. Und wie ist es mit dem wirtschaftlichen Wohlstand? Trägt Europa dazu noch bei? Es galt ja lange Zeit die Formel, in den ersten vierzig Jahren, Europa bedeutet laufend wachsenden Wohlstand, mehr Beschäftigung, weniger Arbeit, mehr Geld. Das ist seit einigen Jahren nicht mehr der Fall. Ich möchte es auf eine

Kurzformel bringen, die ist sicher unvollständig, aber sie wirft das Schlaglicht auf zwei Sachverhalte: Wir haben diesen großen Wohlstand zum Teil dadurch erringen können, daß wir in bestimmten Bereichen quasi Monopolhersteller von Gütern oder Dienstleistungen waren und deshalb auch monopolartige Preise, d.h. hohe Löhne und kurze Arbeitszeiten finanzieren konnten. Diese Position erodiert im Zuge der Globalisierung von Tag zu Tag, und gleichzeitig wird deutlich, daß wir in diesem veränderten Umfeld nur wirklich von Gewicht sein können, wenn wir als Heimatmarkt eine economy of scale haben, d.h. der deutsche Binnenmarkt wäre dafür nach allen Kriterien viel zu klein. Deshalb glaube ich, daß wir überhaupt unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten keine vernünftige Alternative haben, um unsere Interessen zu wahren. Das allerdings, meine Damen und Herren, kündigt uns schwierigere Zeiten an, denn wenn wir, was ich jetzt gesagt habe, ernst meinen, kommen wir um einschneidende Reformen insbesondere in den Bereichen Steuern, Renten, Gesundheit und Soziales nicht herum. Ich glaube nicht, daß es möglich sein wird, auf längere Sicht die Defizite an Reformen weiter auf Kosten künftiger Generationen zu finanzieren. Das wird über kurz oder lang zu einer Leistungs- und Zahlungsverweigerung derjenigen führen in unserer Gesellschaft, die Einkommen erwirtschaften. Ich glaube auch nicht, daß diese Reformdefizite internationalisierbar sind, d.h. wir müssen schon unsere Prioritäten etwas anders ordnen. Es wird Ihnen jederzeit - ich vermute auch hier in Saarbrücken - gelingen, eine ordentliche Demonstration gegen das Waldsterben auf die Beine zu bringen, aber es wird Ihnen nicht gelingen, eine Demonstration für Europa - und natürlich selbstverständlich nicht für die Steuerreform - zu mobilisieren. Bitte tragen Sie dazu bei, daß wir mit Europa in dieser Situation behutsam umgehen; es ist nicht schuld daran, daß wir unter Reformdruck stehen, sondern es ist der Katalysator dafür, daß wir uns endlich diesen Fragen stellen und widersprechen Sie bitte engagiert denjenigen, bei denen die Hemmschwelle für antieuropäische Stimmungen schon gefährlich niedrig geworden ist.

Ein Wort zur Erweiterung der Europäischen Union nach Osten.

Die Dinge sind strategisch gesehen herzlich einfach. Östlich von Deutschland, östlich vom NATO-Territorium und östlich von der Europäischen Union, das ist alles dasselbe, liegt ein Gerüttel von 10 mittel- und osteuropäischen Staaten, die sich in einem Umbruch befinden, wie wir uns überhaupt nicht vorstellen können. Wenn ihn in Deutschland überhaupt jemand nachvollziehen kann, sind es die Deutschen der früheren DDR, aber auch die haben meines Erachtens nur eine kleine Ahnung von dem Schmerz, der mit dieser Umstellung verbunden ist, weil sie natürlich vom ersten Tage an unter dem Sauerstoffzelt einer Währungsunion mit der D-Mark und den darin garantierten Finanztransfers gelebt haben. Diese Osterweiterung ist das Ambitionierteste und Schwierigste, was wir uns in Europa im Zuge der Integration bisher je vorgenommen haben. Noch nie wollten so viele Länder beitreten, noch nie waren die Beitrittskandidaten in einem solchen inneren Umbruch, noch nie wurde die Solidarität der Altmitglieder so dringend angefordert, weil der Abstand der Neuen so groß war, und noch nie haben wir eine Erweiterung unter den Vorzeichen der Globalisierung durchführen müssen, d.h., in einer Phase, wo wir selber aus anderen Gründen innerhalb der Europäischen Union uns ändern müssen. Wir werden bei der Erweiterung zwei Verhandlungen parallel zu führen haben. Die eine unserer eigenen Anpassung wegen Globalisierung, wegen Stau an Strukturveränderungen, mit unseren eigenen Bürgern, und die zweite mit den neuen Ländern. Und wer von Politik eine Ahnung hat wird wissen, daß die Neigung sehr stark sein wird, den innenpolitischen Überlegungen dann, wenn es zu Spannungen kommt zwischen unterschiedlichen Interessen, den Vorrang zu geben. Wir haben bisher bei jeder Erweiterung der Neuen gesagt, die Sache ist furchtbar einfach, ihr übernehmt ganz einfach den *acquis*, den Besitzstand der Gemeinschaft, und das ist alles. Jetzt ist der *acquis* auf einmal gar nicht mehr *acquis*, sondern er unterliegt selbst einer Prüfung und gleichzeitig ist die Übernahme des *acquis* nicht nur ein mechanisch-politischer Vorgang, sondern es ist ein dynamisches Instrument zur Entwicklung dieser in vielen Bereichen sehr rückständigen Länder. Deshalb rate ich dazu, daß wir in Bezug auf diese Erweiterung nüchtern bleiben, ja wir wollen sie, ja wir sehen die großen Chancen. Aber wir müssen Augenmaß behalten, z. B. dann, wenn uns jetzt „die Bude ingerannt“ wird, wir müßten

mit allen zehn gleichzeitig verhandeln. Wer das will, akzeptiert und programmiert, daß die erste Erweiterung Jahre, wenn nicht Jahrzehnte dauert; denn zehn Verhandlungen gleichzeitig bremsen und blockieren sich und beanspruchen personelle und andere Energien, die wir gar nicht haben, d.h. Rezept für Verlangsamung. Wirtschaftlich gesehen, meine Damen und Herren, ist die Erweiterung eine große Chance im Zeichen der Globalisierung. Wenn Sie mit den großen Konzernchefs in Deutschland oder in Europa reden, sagen die Ihnen aufs Komma genau, was es für sie bedeutet an erhöhter Wettbewerbsfähigkeit, daß sie bestimmte Teile ihrer Produkte heute in Polen oder in der tschechischen Republik herstellen können. Percy Warnewick von ABB erklärt das sehr eindrucksvoll; er würde kein Kraftwerk - Durchschnittspreis 400 Millionen Dollar - in Indonesien absetzen, hätte er nicht diese Möglichkeiten. Das heißt kluge Arbeitsteilung, Nutzung komparativer Vorteile, erhöhen unsere Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten in großem Maße und Sie sehen es an den Zahlen; der Außenhandel der Europäischen Union mit den zehn mittelosteuropäischen Staaten, 100 Millionen Menschen mit relativ geringer Kaufkraft, ist heute schon größer, als unser Außenhandel der Union mit den USA. Die Wachstumsrate 1996 allein mit Polen 26 %, mit den USA 1 %. Es gibt Skeptiker die sagen, die ganze Kiste wird uns viel zu teuer. Wir müssen unser Geld für die Hochschulen ausgeben, für Straßen, ganz Mutige sagen für die Bundeswehr. Also meine Damen und Herren, ich bin da gar nicht so sicher. Man muß natürlich Augenmaß auch in den Kostenfragen behalten. Aber darf ich Ihnen bitte mal folgendes erklären:

Der militärische Einsatz von IFOR 12 Monate in Bosnien hat die Entsendestaaten 7 Milliarden Dollar gekostet; die gesamte Krise in Jugoslawien hat den deutschen Steuerzahler bisher 17 Milliarden D-Mark gekostet. Wenn Sie - dieses ist heißes Krisenmanagement - wenn Sie also Schwierigkeiten haben mit den Kosten der Erweiterung, dann denken Sie bitte an die Kosten von Alternativen, d.h. eine Situation, wo die Erweiterungsperspektive wegfällt und diese Länder sagen, der Schmerz der Umstellung wird uns zu groß, wir machen es nicht mehr. Und dann bricht hier eine Krise

aus, dann wird dort ein ethnischer Konflikt wiederbelebt und eine alte Grenze, die in den letzten hundert Jahren dreimal geändert wurde, für fragwürdig erklärt, die Probleme liegen ja alle auf der Straße, Populisten gibt es überall, und dann haben wir hier eine Krise und da eine Krise, und dann können Sie sich eine Rechnung aufmachen, was das kostet. Meine These ist also, diese Osterweiterung ist ein Mehrzweckinstrument, es nützt uns ökonomisch, es nützt uns sicherheitspolitisch, es ist ein sehr kluges und sehr kostengünstiges präventives Krisenmanagement. Wenn die Bauern vorschlagen, daß alles passieren darf, aber bitte keine einzige polnische Kartoffel auf den Agrarmarkt, dann dürfen wir nicht sagen, ihr seid verrückt geworden. Nein, das sind schon wichtige Interessen, aber sie müssen natürlich politisch gewichtet werden und in den Gesamtzusammenhang eingebettet werden. Ich glaube, daß deutlich geworden ist, welche strategische Chance die Osterweiterung bietet diesen sehr schwierigen Raum Mittel- und Osteuropa dauerhaft zu stabilisieren.

Zur Währungsunion:

In 437 Tagen ist es soweit. Ich nehme an, Sie haben auch eine kleine Uhr auf Ihrem Schreibtisch und da tickt jeden Tag ein kleiner Zähler weiter, es sind 437 Tage, d.h. das neue Jahrhundert, die neue Ära beginnt für uns am 1. Januar 1999. Ich bin fest davon überzeugt, unter Einhaltung der Kriterien. Deshalb möchte ich darüber heute mal gar nichts sagen, obwohl das viele Leute zu größten rhetorischen Höchstleistungen beflügelt. Die makro-ökonomische und monetäre Bedeutung eines stabilen EURO brauche ich Ihnen glaube ich, nicht zu erläutern. Aber ich freue mich, daß zunehmend ein anderer Aspekt in die öffentliche Diskussion kommt und auch von den Bürgern gut aufgenommen wird. Die Rolle und das Gewicht einer europäischen Währungsunion in Bezug auf die internationalen monetären Verhältnisse. Fred Bernstein, ein Ihnen sicher bekannter amerikanischer Wissenschaftler, schätzt, und er meint, daß sei konservativ, daß nach einer erfolgreichen Anlaufphase etwa 40 % der Weltdevisenreserven in EURO gehalten würden. Vielleicht findet sich jemand hier im nächsten Kurs, der seine Magisterarbeit

darüber schreibt, welche Vor- und Nachteile dieses bringt. Ich bin überzeugt, wenn er einen Strich unter seine Darstellung macht, kommt er zu dem Ergebnis, daß die Vorteile eindeutig überwiegen. Ähnlich wie die Globalisierung und die Osterweiterung hat der EURO aber noch einen zweiten wichtigen Effekt. Er macht die Preise, Löhne und auch die Sozialkosten in Europa wirklich transparent, d.h., dann haben wir einen echten Binnenmarkt, allerdings auch mit allen kritischen Begleitumständen, nämlich Transparenz führt natürlich zu deutlich schärferem Wettbewerb. Da wird es heftige Reaktionen geben. Aber auch insofern ist der EURO wie die anderen beiden Dinge, Globalisierung und Osterweiterung, ein Katalysator. Der Druck auf Strukturreform im Inneren wird zunehmen und dieses ist gut für uns. Auch wenn es weh tut.

Deutschland und Frankreich haben in dieser ganzen Entwicklung Motorfunktionen gehabt. Das Wichtigste war, auch bei Regierungswechseln, daß wir uns gegenseitig vertraut haben, daß wir das, was wir aus guten Gründen verabredet haben, einhalten würden. Eine Leistung ist bisher noch nicht besonders registriert worden. Das war die Verständigung Deutschlands und Frankreichs vor wenigen Tagen in Münster, bei dem deutsch-französischen Finanz- und Wirtschaftsrat. Das ist eine Einigung von epochaler Bedeutung. Sie wissen, daß Deutschland und Frankreich in der Währungsunion und auch mit der Wirtschaftspolitik verbundenen Fragen eine höchst unterschiedliche Tradition haben, daß die französische Zentralbank erst vor ganz kurzer Zeit unabhängig geworden ist. Frankreich hatte gesagt, wir können keine gemeinsame Währung ohne eine Wirtschaftsregierung haben, und dieses löste in Bonn alle verfügbaren Alarmglocken aus. Dieser Streit ist beerdigt und ich finde, Münster als Ort des Westfälischen Friedens 1648 ist ein würdiger Ort, um in einer so epochalen Frage die Einigung zu besiegeln. Wir werden selbstverständlich die Wirtschafts- und Fiskalpolitik koordinieren, sehr viel enger als heute. Aber es wird so geschehen, daß die Union institutionell nicht gespalten wird, daß die Zentralbank ihre Unabhängigkeit bewahrt und keine neuen Kompetenzen aus den Hauptstädten nach Brüssel entschwinden. Übrigens in der Praxis sind diese Dinge ja bei uns bei weitem nicht so weit von dem entfernt, was die Franzosen gedacht haben. Wenn

der Zentralbankrat eine wichtige Sitzung hat, ist der Finanzminister regelmäßig mit am Tisch. Und wenn die Bundesregierung ihren Haushalt beschließt oder die mittelfristige Finanzplanung, sitzt der Präsident der Bundesbank mit am Tisch, und dennoch werden die Kompetenzen und die Unabhängigkeit beider Organe selbstverständlich respektiert. Ich glaube, daß diese jüngste Einigung eine letzte wichtige Hürde zur Seite geschafft hat. Unsere Bürger sind in der Mehrheit noch nicht beim EURO, aber es sind immerhin schon über 40 %, aber was wichtiger ist, eine überwältigende Mehrheit geht selbstverständlich davon aus, daß er kommt.

Darf ich noch eine kurze Bemerkung machen zur Regierungskonferenz und dann möchte ich mit der ersten Reihe und Sie wahrscheinlich mit Ihren Reihen feiern gehen.

Zur Regierungskonferenz deswegen, weil der Bundestag in Kürze anfangen wird mit dem Ratifizierungsverfahren. Wir haben den Vertrag am 8. Oktober weitergeleitet mit der dazugehörigen Denkschrift, und man kann, glaube ich, sagen, daß im wesentlichen die Ziele, die sich Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat getrennt, aber weitgehend übereinstimmend gesetzt hatten, erreicht sind. Dennoch hat dieser Vertrag keinen Jubelsturm ausgelöst. Ich finde das, offen gesagt, ganz beruhigend. Der Maastricht-Vertrag wurde ja noch in einem Klima des Enthusiasmus der 89/90er Jahre behandelt. Das hat ihm gar nicht gut getan. Sie erinnern sich wahrscheinlich noch an das Dänemark-Referendum. Dieser Vertrag von Amsterdam ist nicht der krönende Abschluß der Integration, er erfüllt nicht die Träume und Hoffnungen vieler wohlmeinender Bürger und schon gar nicht der Europaenthusiasten. Und wer glaubt, das sei eine verfassungsgebende Versammlung gewesen, irrt gründlich. Wir haben in der Bundesregierung unsere Ziele im Jahre 1994 in der Koalitionsvereinbarung definiert und sind dabei für deutsche Verhältnisse ganz außerordentlich pragmatisch gewesen. Wir haben die Frage gestellt, was tut Not, was drückt den Bürger, wie können wir einen Mehrwert an europäischer Handlungsfähigkeit mobilisieren. Das heißt, wie können wir die Außen- und Sicherheitspolitik handlungsfähiger machen, wie können wir die Innen- und Justizpolitik

so zusammenfassen, daß etwas auf europäischer Ebene geleistet wird, wie können wir die Union institutionell für die Erweiterung vorbereiten und schließlich, wie können wir das Subsidiaritätsprinzip stärken, damit die Bürger mit der ganzen Veranstaltung noch zurecht kommen. Wir haben konkrete, praktische, relevante Veränderungen angestrebt dort, wo Handlungsdefizite bestanden und ich glaube, das Ergebnis kann sich sehen lassen. Allerdings ist das so ähnlich wie beim Binnenmarkt. Als wir den Binnenmarkt in Luxemburg beschlossen haben, da gab es viele, die sagten, das schafft ihr nie. Es hat ein paar Jahre gedauert, bis 1993 haben wir es geschafft. Die Währungsunion tauchte zum ersten Mal in einem Beschluß eines europäischen Gremiums vor über 20 Jahren auf. 1999 werden wir es geschafft haben. So ist es auch hier. Wir stoßen in den Bereich innere Sicherheit in das Allerheiligste der innerstaatlichen Souveränität vor. Staaten sind gebildet worden u.a. deswegen, weil die Bevölkerung eine schützende Außenhaut gegen unwillkommene Gefahren haben wollte. Die schützende Außenhaut des Nationalstaates ist heute ja ein sehr grobmaschiges Netz, wenn überhaupt. Und wer heute die Immigration, die illegale Immigration, das Schleppertum erfolgreich bekämpfen will, der braucht eine vordere Verteidigungslinie mindestens an der polnischen Ostgrenze, aber offen gesagt, mir wäre es etwas lieber, an der ukrainischen Ostgrenze. Und mein Kollege in Kiew sagt mir, wir helfen euch gerne, aber wie wäre es....? Das heißt, das ist eine Frage von Prioritäten und Mittelzuweisungen, innere Sicherheit ist heute nicht mehr das Geschäft des Grenzbeamten an der eigenen Grenze. Wenn man das einmal verstanden hat, dasselbe gilt für Drogenbekämpfung und Verwandtes, Geldwäsche, wenn man das einmal verstanden hat, fängt man an, Fragen der inneren Sicherheit in einer anderen Dimension zu verstehen. Die Bundesregierung ist furchtbar beschimpft worden, weil sie in diesen Fragen nicht sofort zu Mehrheitsbeschlüssen bereit war. Ich finde das sehr ehrenwert, daß man das kritisiert, von Sachkunde zeugt es überhaupt nicht. Deutschland ist in der Frage der Bananenmarktordnung überstimmt worden, und Sie alle wissen, wie die deutsche Seele darunter gelitten hat. Manche haben uns den ehrenvollen Titel „Bananenrepublik“ deswegen gegeben. Ich frage mich, meine Damen und Herren, wie die Nation reagieren würde, wenn in einer wichtigen Frage der inneren Sicherheit wir überstimmt würden und

es ergäben sich dann für den Bürger direkt spürbare negative Effekte. Dieses sind Dinge, mit denen man behutsam umgehen muß, deshalb haben wir ein bewährtes Konzept angewandt und durchgesetzt. Wir vereinbaren vertraglich bestimmte Ziele, Vergemeinschaftung der Asylpolitik, wir vereinbaren den Fahrplan mit Fristen, um zu diesem Ziel zu kommen und wir vereinbaren die Beschlußverfahren nach einer Probezeit zu überprüfen. Das ist Augenmaß, vernünftig, und ich glaube, vor dem Bürger auch zu rechtfertigen.

Wenn wir, damit möchte ich gerne abschließen, mit diesen drei Operationen Osterweiterung, Währungsunion und Umsetzung der Ergebnisse in der Regierungskonferenz besonders im Bereich Inneres und Justiz erfolgreich sind, habe ich keine große Sorge, daß die Bürger nicht Europa die Treue halten. Es ist nicht die Frage der Transparenz. Ich halte es für absoluten Quatsch, den Bürgern den Vertrag von Amsterdam ins Haus zu schicken als Postwurfsendung. Kein Mensch verlangt den Konstruktionsplan seines Golf, Volkswagen, wenn er das Auto kauft, sondern er verlangt, daß das Ding fährt, daß es sparsam und umweltfreundlich und sicher ist und einen guten Wiederverkaufswert hat. In der Politik ist es überhaupt nicht anders. Europa muß sich in der Praxis bewähren, äußere Sicherheit, innere Sicherheit und Wohlstand, dann ist mir um die Zustimmung der Bürger überhaupt nicht bange. Ich verrate Ihnen jetzt als letzte Bemerkung den Titel der Schrift von Fritz Stern, in dem er von der 2. Chance Deutschlands sprach: „Verspielte Größe“. Ich hoffe, und wünsche mir, daß ich das mit Ihnen hoffe, daß dieses ein unzulässiger Pessimismus ist, lassen Sie uns daran arbeiten, diese These zu widerlegen, wir haben eine zweite Chance, lassen Sie uns den Umbruch als Chance zum Aufbruch verstehen und lassen Sie uns das ganze „vivace ma non troppo“ spielen.